

Rheingauer Bote.

Rüdesheimer Zeitung.



Organ für Rüdesheim u. Umgegend.

Gegründet 1877.

42. Jahrgang.

Nr. 31

Erscheint wöchentlich dreimal (Montag, Mittwoch, Freitag). Bezugspreis vierteljährlich M. 1.20 ohne und M. 1.60 mit Austr. Sonntagsblatt. Abwärts mit betr. Postaufschlag. Telefon Nr. 295.

Rüdesheim a. Rh.
Mittwoch, den 13. März.

Anzeigenpreis: die einspaltige Beitzelle 12 Pfg., für auswärtig 20 Pfg., Reklamenzelle 50 Pfg.; bei mehrmaliger Aufnahme entsprechender Rabatt. Druck und Verlag von A. Meier in Rüdesheim.

1918.

Bekanntmachungen.

Die Verordnung des Herrn Gouverneurs vom 12. Februar 1917, wonach jede Person, welche sich 10 Stunden in dem Gemeindebezirk Rüdesheim a. Rh. aufgehalten hat und bei der Polizeibehörde sich anmelden mußte, ist nunmehr aufgehoben.

Die Fremden dürfen hiernach ohne vorherige Anmeldung bei der Polizeibehörde wieder aufgenommen werden.

Diese Nichtanmeldung der Fremden entbindet jedoch nicht von der Einreichung der Fremdenmelde-ettel.

Wir machen daher besonders darauf aufmerksam, daß die Gasthausbesitzer und Wohnungsgeber, welche Fremde zur Übernachtung aufnehmen, auf Grund der Polizeiverordnung vom 26. April 1904 verpflichtet sind, dieselben durch die vorgeschriebene Meldeettel sofort bei der Polizeiverwaltung dahier anzumelden.

Bezüglich der Führung der Fremdenbücher verweisen wir auf die Polizeiverordnung des Herrn Landrats vom 20. 7. 1917.

Die Regierungspolizeiverordnung vom 14. Juli 1904 betr. die polizeiliche Anmeldung tritt ebenfalls wieder in Kraft.

Hiernach ist jede Person, welche zum dauernden Aufenthalt in dem Gemeindebezirk Rüdesheim a. Rh. zieht, verpflichtet, sich innerhalb sechs Tagen, bei der Ortspolizeibehörde unter Vorlage ihres polizeilichen Abmelde Scheines anzumelden.

Rüdesheim, den 11. März 1918.

Die Polizeiverwaltung: Alberti.

Frau Händlerin Wilhelm Barth in Rüdesheim ist auf Grund der Anordnung über den Verkehr und den Verbrauch der Eier im Rheingaukreis vom 12. Februar 1918, und durch Vermittlung des Magistrats, als **Aufkäuferin** für Eier für das Jahr 1918 bestimmt. Die Vorgenannte hat allein die Berechtigung, Eier in der Gemeinde Rüdesheim von den Hühnerhaltern aufzukaufen. Jede Abgabe von Eiern seitens der Hühnerhalter an andere Personen, auch an Kranke ist **unzulässig und strafbar**.

Rüdesheim, den 11. März 1918.

Der Magistrat: Alberti.

Der deutsche Generalstab meldet:

Großes Hauptquartier, 11. März (28. I. B. Amtlich.)

Westlicher Kriegsschauplatz. Die Artillerie- und Minenwerfer-tätigkeit lebte am Abend vielfach auf. Nege Erkundungstätigkeit hielt an. Eigene Abteilungen drangen an mehreren Stellen der Nordrussischen Front in der Gegend von Armenières und auf dem westlichen Maasufer in die feindlichen Gräben ein und brachten Gefangene und Maschinengewehre zurück. Bei einer deutschen Unternehmung nordöstlich von Reims trat wiederum eine in letzter Zeit mehrfach beobachtete, auf der Kathedrale von Reims eingerichtete Blinkstelle der Franzosen in Tätigkeit.

Hauptmann Ritter von Tuisch und Leutnant Balthoff errangen ihren 27. Oberleutnant Veithge seinen 20. Aufstieg.

Westlicher Kriegsschauplatz. Feindliche Banden wurden bei Bachmatsch nordöstlich von Rieu und bei Stadjelesaja an der Bahn Schmerinka-Odessa zerstreut.

Von den anderen Kriegsschauplätzen nichts Neues.

Großes Hauptquartier, 12. März. (28. I. B. Amtlich.)

Westlicher Kriegsschauplatz. Die feindliche Artillerie entwickelte am frühen Morgen an vielen Stellen der Front, namentlich zwischen der Vos und der Scarpe, rege Tätigkeit. Im Vorfeld der beiderseitigen Stellungen kam es zu kleineren Infanteriegefechten. Das Feuer englischer Artillerie auf rückwärtige Ortschaften forderte zahlreiche Opfer unter der französischen Bevölkerung. Auch Cambrai erhielt mehrere Schuß schwersten Kalibers.

Zur Vergeltung für feindliche Fliegerangriffe am 9. und 10. März auf Stuttgart, Ehlingen, Unter-Türkheim und Mainz haben unsere Flieger in letzter Nacht Paris ausgiebig mit Bomben belegt.

Leutnant Frhr. v. Nithofen errang seinen 27. Aufstieg.

Von den anderen Kriegsschauplätzen nichts Neues.

Der österreichisch-ungarische Generalstab meldet:

W. I. B. Wien, 11. März. Amtlich wird veröffentlicht: An der Eisenbahn Schmerinka-Odessa wurden abermals feindliche Banden vertrieben. An der italienischen Front lebte stellenweise das Artilleriefeuer auf.

Der See- und Luftkrieg.

Berlin, 10. März. (W. I. B. Amtlich.) Unsere Unterseeboote haben im Sperrgebiet um England 18 000 Bruttoregistertonnen Schiffsraum vernichtet. Unter den versenkten Schiffen waren zwei Engländer, nämlich der bewaffnete Dampfer „Dalewood“ von 2420 Br.-R.-T., mit 3000 Tonnen Kohle für die englische Flotte in Scapa Flow bestimmt und der bewaffnete Dampfer „Argo“, 1764 Br.-R.-T., mit 2400 Tonnen Kohle für Belfast. Zwei weitere Dampfer, darunter einer von 400 Br.-R.-T., hatten als Ladung Masinöl an Bord.

Berlin, 11. März. (W. I. B. Amtlich.) Eines unserer Unterseeboote, Kommandant Kapitänleutnant v. Glasenapp hat an der Westküste Englands fünf Dampfer und einen Segler mit zusammen 22 700 Br.-R.-T. vernichtet. Unter den versenkten Schiffen befanden sich drei besonders wertvolle Dampfer von je etwa 6000 Br.-R.-T., drei von den fünf Dampfern waren Tankdampfer. Alle Dampfer waren bewaffnet und mit einer Ausnahme lief beladen.

Berlin, 12. März. (W. I. B. Amtlich.) Neue Bootersolge auf dem nördlichen Kriegsschauplatz: 19 500 Br.-R.-T. Unter den versenkten Schiffen befand sich der englische bewaffnete englische Dampfer „Rockpool“ (4502 Br.-R.-T.), der 6000 Tonnen Getreide und 615 Tonnen Stahlbarren geladen hatte. Der Kapitän des Schiffes wurde gefangen eingebracht. Zwei weitere 5000 Br.-R.-T. große Dampfer wurden vor dem Westausgang des Hermellkanals versenkt, davon einer wahrscheinlich amerikanischer Nationalität, aus einem einlaufenden stark gesicherten Geleitzuge heraus.

Berlin, 12. März. (W. I. B. Amtlich.) Marinefliegerkräfte haben in der Nacht vom 10. zum 11. März Hafenanlagen und militärische Einrichtungen von Neapel sowie die Eisenwerke Vagnoli ausgiebig und wirkungsvoll mit Bomben belegt.

Aus Lugano wird dazu gemeldet: Der Angriff eines feindlichen Luftschiffes aus Neapel, der 18 Tote und 50 Verwundete forderte, hat in Italien selbst Überraschung und großen Schrecken verursacht, da der ganze Süden wegen der großen Entfernung vom Feindstand als sicher galt. Die Presse nimmt an, daß das feindliche Luftschiff an der Küste Dalmatiens aufgestiegen ist, die 350 bis 450 Kilometer von Neapel entfernt

liegt. Sie äußert ihre lebhafteste Entrüstung über den Angriff und verlangt Repressalien.

H. I. B. Berlin, 11. März. Oberleutnant Buddede ist im Luftkampf gefallen.

Mit Oberleutnant Buddede, der für seine glänzenden Leistungen den Pour le mérito trug, ist wieder einer unserer fähigsten Fliegeroffiziere den Heldentod gestorben. Weithin ist der Dardanellenflieger bekannt und berühmt geworden, er war der Schrecken der Engländer und Franzosen vor den Toren des Bosporus, seinem sicheren Schusse entging keiner, der den Luftvorstoß über das Türlenheer wagte.

Die kurländische Krone.

Berlin, 12. März. Der bis auf ein entschuldigtes Mitglied am 8. März vollzählig in Riga versammelte kurländische Landestrat hat dem „Lokal-anzeiger“ zufolge einstimmig beschlossen:

1. Dem Deutschen Kaiser und König von Preußen zu bitten, die Herzogskrone von Kurland anzunehmen.

2. Dem Bunsche Ausdruck zu verleihen, durch Abschluß von Konventionen betreffend das Militär-, Zoll-, Verkehrs-, Bahn-, Münz- und Gerichtswesen und andere Verträge Kurland möglichst eng an das Deutsche Reich anzuschließen.

3. Die Hoffnung auszusprechen, daß das ganze Baltikum zu einer staatlichen Einheit im Anschluß an das Deutsche Reich zusammengefaßt werde.

Der Antrag um Absendung eines Guldigungs-telegramms an den Kaiser fand ebenso einstimmig Annahme; desgleichen der Antrag, eine viergliedrige Abordnung nach Berlin zu senden, um dem Herrn Reichskanzler den Beschluß persönlich zu überreichen.

Der deutsch-russische Zusatzvertrag.

W. I. B. Berlin, 11. März. Die „Nordb. Allgem. Ztg.“ veröffentlicht den Wortlaut des deutsch-russischen Zusatzvertrages. Dieser behandelt in 10 Kapiteln folgende Fragen:

1. Wiederaufnahme der diplomatischen und konsularischen Beziehungen.
2. Wiederherstellung der Staatsverträge.
3. Wiederherstellung der Privatrechte.
4. Ersatz für zivile Schäden.
5. Austausch der Kriegsgefangenen und Zivilinternierten.
6. Fürsorge für Rückwanderer.
7. Amnestie.
8. Behandlung der in die Gewalt des Gegners geratenen Rauffahrtsschiffe und Schiffsladungen.
9. Organisation des Spitzbergen-Archipels.
10. In der Schlußbestimmung wird festgesetzt, daß der Zusatzvertrag, soweit darin nicht ein anderes bestimmt ist, gleichzeitig mit dem Friedensvertrag in Kraft tritt.

Ein allgemeiner Balkanfriede?

Genf, 11. März. Nach Pariser Meldungen aus Korfu wurde ein neues serbisches Ministerium Pasticch gebildet.

Zürich, 11. März. Ein hier wohnender früherer Balkanstaatsmann erklärte, daß trotz der Ablegungen der Regierungen Serbiens und Montenegros wohl in kurzer Zeit ein allgemeiner Balkanfriede kommen werde.

Die „Zürcher Morgenzeitung“ meldet, daß seit einigen Tagen heunruhigende Meldungen aus allen Teilen Griechenlands eintreffen, wo die Nachricht vom rumänischen Friedensschluß über Nacht die Gegnerschaft gegen Venizelos außerordentlich verstärkt hat.

Berlin, 9. März. Der Kaiser hat an den Kriegsminister folgenden Erlass gerichtet: „Ich will den im Dienst des Vaterlandes Vermundeten als besondere Anerkennung ein Abzeichen nach befolgendem Muster verleihen. Das Abzeichen soll die auszeichnen, die für das Vaterland geblutet haben, oder die im Kriegsdienst durch feindliche Einwirkung ihre Gesundheit verloren haben und infolge dessen dienstunfähig geworden sind. Das Kriegsministerium hat das Weitere zu veranlassen und entsprechend meinen Weisungen die näheren Bestimmungen zu erlassen.“

Großes Hauptquartier, den 3. März 1918.

Wilhelm.

Strasburg, 10. März. In Strasburg wurde heute ein vielbeachteter Aufruf öffentlich angeschlagen, in dem der Statthalter im Anschluß an die Kundgebung in der Sorbonne in flammenden Worten die Elsaß-Lothringer an ihre deutsche Stammesart erinnert und erklärt, daß unerschütterlich und hart wie Eisen der Wille des deutschen Volkes sei, am Bestande des Reiches nicht rütteln zu lassen und Elsaß-Lothringen niemals preiszugeben. Eine Lüge sei es, wenn Frankreich sein Eroberungsziel und die Befriedigung seiner Nachsucht als Desannergion bezeichne.

Berlin, 12. März. Der „Volkswagen“ berichtet: Bei den Besprechungen dürfte es sich in erster Linie, wie wir hören, um die Erörterung von Fragen handeln, die mit dem vollzogenen Friedensschluß mit Rußland in direktem oder indirektem Zusammenhang stehen. Auch dürfte der gegenwärtige Stand der Friedensverhandlungen in Bukarest zu einer eingehenden Aussprache der Obersten Heeresleitung mit der Reichsregierung geführt haben. Der Präsident der finnischen Republik P. E. Svinhufvud wurde gestern von Generalfeldmarschall von Hindenburg und vom Unterstaatssekretär von dem Busche empfangen.

Berlin, 12. März. Nachdem, wie gestern erwähnt, die Besprechungen und Verhandlungen abgeschlossen sind, die die offenbar in einer gewissen Uebereinstimmung mit dem Regentenschaftsrat hierher gekommenen drei polnischen Delegierten mit Mitgliedern des Reichstages und den maßgebenden politischen Regierungstellen geführt haben, dürfte heute oder doch in den nächsten Tagen in der polnischen Frage eine Entscheidung der tatsächlichen in letzter Linie maßgebenden Instanzen stattfinden. Ob zwischen deren Absichten, über die Näheres im Augenblick noch nicht mitgeteilt werden kann, und dem, was mit den polnischen Delegierten besprochen worden ist, eine Einigung und damit ein bestimmtes politisches Programm zu erzielen sein wird, läßt sich nicht mit Sicherheit beurteilen. Es ist aber anzunehmen, daß man über diese neue Phase der polnischen Politik in der heute begonnenen Tagung des Reichstages, sei es im Plenum oder im großen Ausschuß, Näheres erfahren wird. Es wird ja überhaupt, da der Friede von Brest-Litowsk dem Reichstage zur Genehmigung zugeht, eine Erörterung des gesamten Programms der östlichen Fragen im Reichstag in der nächsten Woche zu erwarten sein. Dabei wird sich auch wohl herausstellen müssen, in welchem Verhältnis das, was in letzter Zeit tatsächlich im Osten über die eigentlichen sogenannten Randstaaten hinaus bis nach Finland geschoben ist, zur Politik des Verständigungsfriedens steht.

Berlin, 11. März. (W. B.) Die deutsche Regierung hatte am 8. März durch Zusage an die russische Regierung darauf hingewiesen, daß 540 Baltien aus Dorpat und Reval und 130 Baltien aus anderen livländischen Städten verschleppt worden waren, um nach Sibirien abtransportiert zu werden. Der Transport erfolgte in Viehwagen mit Zertifikaten des Smolny-Instituts. Die deutsche Regierung hat gegen diese Maßnahme, die mit Artikel 6 Abs. 2 des Friedensvertrages im Widerspruch stand, Verwahrung eingelegt und die sofortige Rückbeförderung der Verschleppten verlangt. Der Beisitzer des Volkskommissars für auswärtige Angelegenheiten in Petersburg erwiderte hierauf namens der russischen Regierung: Es sei bereits eine Verfügung getroffen, daß die Verschleppten nach ihrer Heimkehr zurückgeführt würden. Ihre Zurückführung werde nur durch Transportwierigkeiten aufgehalten, die durch die Demobilisation der russischen Armee entstanden seien.

Berlin, 12. März. Nach der „Rösischen Zeitung“ hat sich die Ukraine verpflichtet, bis Ende April an die Zentralmächte eine Menge von sechs Millionen Zentnern Brot- und Futtergetreide, 400.000 Zentner Gefrierfleisch und 200.000 Zentner Dörrobst zu liefern. Als Kompensation erhält sie landwirtschaftliche Maschinen, chemische und medizinische Produkte und Eisen. Bei alledem aber darf nicht vergessen werden, daß mit großen Verkehrsschwierigkeiten zu rechnen ist, so daß die Lieferungen bei uns sich erst in einigen Monaten geltend machen können.

Die „Kölnische Zeitung“ meldet aus Berlin vom 11. März: Die Art der Verteilung der aus der Ukraine zu erwartenden Getreidevorräte zwischen Deutschland und Österreich-Ungarn ist nunmehr dahin schiefgelehrt, daß bis zum 1. Juli Deutschland und Österreich-Ungarn gleichviel erhalten, und zwar wird in der ersten Hälfte dieses Abschnittes Österreich-Ungarn doppelt so viel beziehen als Deutschland, während danach bis zum 1. Juli die Verteilung umgekehrt erfolgt, so daß also Deutschland die doppelte Menge erhält.

Basel, 12. März. Das ukrainische Telegraphenbureau berichtet aus Lemberg vom 11. März: Die ukrainische Regierung wird demnächst eine diplomatische Sondermission nach den neutralen Ländern entsenden zum Zwecke der offiziellen Kenntnissgabe der Bildung des ukrainischen Staates an die neutralen Regierungen. Zum Abschluß des ukrainisch-russischen Friedens sind Vorbereitungen getroffen worden. Die Verhandlungen werden in Kiew geführt werden. Die ukrainische Regierung hat den Unterhändlern für den Frieden zwischen den Zentralmächten und Rumänien notifiziert, daß die bessarabische Frage nicht ohne Teilnahme der Ukraine erledigt werden könne. Die Organisation der ukrainischen Armee nimmt einen normalen Verlauf. Es ist vorgesehen, die Jahrgänge 1915-1916 unter die Fahnen zu rufen. In ihrem Vormarsch gegen Charkow haben die Truppen der Hada-Bachmats erreicht.

Rotterdam, 11. März. Aus zuverlässiger besonderer Quelle wird bekannt: In England hat sich vor zwei Wochen ein großer Friedensbund gebildet, der aus früheren Ministern und Mitgliedern der beiden Häuser des Parlaments besteht. Der Hauptzweck der Vereinigung besteht darin, der Regierung Vorschläge zu unterbreiten, die zu einem baldigen Frieden führen könnten. Um der englischen Regierung die Lage gegenüber Frankreich zu erleichtern, hat die Vereinigung einflußreiche Personen in Frankreich beauftragt, dafür Sorge zu tragen, daß die französische Regierung der neuen englischen Politik mehr Verständnis entgegenbringt. Die erste Vorbedingung ist, daß Clemenceau von der Regierung zurücktritt.

Osaka, 12. März. Reuter meldet aus Washington: Präsident Wilson telegraphierte dem amerikanischen Konsul in Moskau folgendes:

„Ich möchte bei Gelegenheit des Zusammentritts des Kongresses der Sowjets die aufrichtige Sympathie aussprechen, die das Volk der Vereinigten Staaten für das russische Volk fühlt in dem Augenblick, in dem die deutsche Macht in das Land eingedrungen ist, um den Kampf für die Freiheit zu führen und um die Wünsche Deutschlands an die Stelle der Ziele des russischen Volkes zu setzen. Obgleich die Regierung der Vereinigten Staaten unaufrichtigerweise nicht die Gelegenheit hat, direkte zweckentsprechende Hilfe zu leisten, würde sie dies doch gern tun. Ich erlaube Sie, dem Volk von Rußland durch Vermittlung des Kongresses zu versichern, daß die Vereinigten Staaten jede Gelegenheit ergreifen werden, um für Rußland wieder seine vollkommene Souveränität und Unabhängigkeit in seinen eigenen Angelegenheiten sowie die vollkommene Wiederherstellung der großen Rolle im Leben Europas und in der modernen Welt zu sichern. Das ganze Herz des Volkes der Vereinigten Staaten schlägt dem Volke Rußlands entgegen in dem Bemühen, sich für immer der autokratischen Regierung zu entledigen und Herr seines eigenen Lebens zu sein.“

Budapest, 12. März. Der Korrespondent des „Alta“ hatte eine Unterredung mit einem englischen Diplomaten, welcher erklärte, er habe Rußland hauptsächlich deshalb verlassen, weil er und seine Kollegen gegen einen russischen Sonderfrieden protestierten. Die wahre Ursache sei aber, daß die Entente schon in den nächsten Tagen Rußland den Krieg erklären werde. Diesen Krieg werde Japan führen.

Genf, 12. März. Das „Petit Journal“ meldet, Japan werde zunächst ganz Sibirien besetzen. Die weiteren Unternehmungen hingen von der Entwicklung der Weltlage ab. Der „Berliner“ erklärt, Japan werde seine Unternehmungen in Rußland mit einem sehr starken Heere durchführen.

Bern, 10. März. (W. B.) Nach Pariser Blättermeldungen wurden englische und japanische Kriegsschiffe zur Ueberwachung von Vladivostok entsandt. Die anässigen Japaner wurden nach Japan zurückgeschickt.

Nach einer Havasmeldung aus Petersburg richteten die ausländischen Konsuln in Vladivostok an das Smolny-Institut eine amtliche kategorische Protestkundgebung gegen eine Reihe politischer und wirtschaftlicher Maßnahmen, die ernstlich die Interessen der Länder, die sie im äußersten Osten vertreten, bedrohen. Die Konsuln verlangen, daß diese Maßnahmen sofort zurückgenommen werden und behalten sich im Weigerungsfalle Freiheit des Handelns vor. Sie lehnen jede Verantwortung für Verwicklungen ab, die diese Weigerung nach sich ziehen könnte.

Stockholm, 12. März. Die heutigen Mitteilungsblätter melden von der finnischen Grenze, daß die Kampfaktivität an den verschiedenen finnischen Frontabschnitten in den letzten Tagen zunehme. Man sehe unmittelbar vor einem ringmächtigen Angriff der finnischen Truppen auf die von den Bolschewiken fluchtartig verlassene Hauptstadt Helsingfors. (Frankf. Nachr.)

Ein Jahr russische Revolution.

In diesen Tagen rundet sich das erste Jahr seit Ausbruch der russischen Revolution. Die Ereignisse, die sich nach den ersten Revolutionstagen in Rußland überstürzten, machen es notwendig bei dieser ersten Jahrestfeier, wieder in die Erinnerung zurückzurufen, daß der russische Umsturz zunächst nicht der Friedenssehnsucht der Massen, sondern dem Kriegs- und Siegeswillen der herrschenden bürgerlichen Klassen entsprach. Weil man den Jaren und seine Regierung in Verdacht hatte, angesichts der steigenden Ernäh-

rungschwierigkeiten und wirtschaftlichen Not Rußlands einen Frieden mit den Mittelmächten zu schließen, darum beseitigte man das zaristische Regime. Die Grundstimmung der russischen Revolution war monarchisch und parlamentarisch. Großfürst Nikolai galt damals eine kurze Zeit als Nachfolger Zarens, und der Dumapräsident Rodzianko spielte eine wichtige Rolle. Fürst Swow übernahm die Vertretung des Landes nach innen und außen und die Staatspolitik der Entente triumphierte über die Stärken des russischen Kriegswillens.

Bald aber wuchs die Bewegung ihren Umfang über den Kopf. Schon nach wenigen Wochen setzten die Duma und die Kadettenpartei das Regiment der Arbeiter- und Soldatenräte. Deren Reichspräsident Miljukow zum Rücktritt gezwungen, sein Nachfolger Tereschkantschew vermochte noch etwas gegen die sozialistische Revolution auszuhalten, die in Kerenski einen Diktator von seltener Kraft und großzügigem Organisationstalent fand. Kerenski begann die zweite Epoche der russischen Revolution in der ein letzter Versuch zur Verteidigung der öffentlichen Ordnung an der Seite der Ententemächte unternommen wurde. Die letzte russische Offensive erlitt eine tückische Niederlage. Die Volkskommissare Lenin und Trozki verstanden es, die Massen mit dem Versprechen nach Brot und Frieden an sich zu reißen und Kerenski'schen Herrschaft ein gewalttätiges Ende bereiten. Die russische Revolution änderte zum ersten Male von Grund aus ihren Charakter. Eine imperialistische war sie zu einer sozialistischen und unter den Bolschewiken zu einer anarchistischen Umstürzbewegung geworden. Der Aufstand wuchs an den Fronten und im Innern des Landes rasend schnell und endete wie bekannt, im Zusammenstoß von Brest-Litowsk.

Heute am ersten Jahrestag der russischen Revolution ist das Chaos ein völliges. Petersburg als Reichshauptstadt aufgegeben und Moskau als Sitz der russischen Volksrepublik gemacht. Die Truppen stehen im Herzen Rußlands und in der Sicherheit im Lande. Gegenrevolutionäre Bestrebungen sind eifrig am Werk und können jeder neuen gründlichen Änderungen herbeiführen. Der Kampf gegen einen rechtzeitigen Friedensschluß, das ehemalige Zarenreich total zerrüttet. Ein dringliche weltgeschichtliche Lehre!

Politische Rundschau.

Zur Frage einer Reform des preussischen Gemeindevahlrechts

hat der Ausschuß der Kommunalpolitischen Vereinigung, die im vorigen Herbst als Gesamtschulnisation kommunaler Zentrumsfraktionen und gemeindevertreterorganisationen gegründet wurde, in einer kürzlich in Köln abgehaltenen Versammlung vorläufig Stellung genommen, die in der nachstehenden Entschlüsselung zum Ausdruck kommt. Der Ausschuß der Kommunalpolitischen Vereinigung erklärt, daß eine zeitgemäße Wahlreform für Stadt und Land eine dringende, in den nächsten Jahren der Zentrumspartei seit langem empfindliche Notwendigkeit ist. Die Zentrumspartei der ihre Vertreter in den parlamentarischen und kommunalen Körperschaften sind immer bemüht, die Gerechtigkeit der Gesetzgebung und die Verbesserung der Verhandlungen Veranlassung dazu zu geben, bezw. weitere Verschlechterungen hintanzuhalten. Es sei erinnert an die Bemerkungen von Herabsetzung des Zensus, den die gegen den sogen. anderthalbfachen Durchschnitte oder die Zwölftelung der Bildung der Wahlkreise, an die Forderung des allgemeinen Wahlrechts, an die Bestrebungen zur Reform des Weistbürgertumsrechts in den Landgemeinden. Der Ausschuß steht auf dem Standpunkt, daß das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht zum preussischen Landtage zur Einführung kommen wird. Er gibt der Ueberzeugung Ausdruck, daß ebenso wie im Staate auch in der Gemeinde nach dem Kriege für ein Wahlrecht der bisherigen Art kein Raum mehr ist. Es ist ein kommunalwahlrecht zu schaffen, das einerseits die krasse Ungleichheit des bisher Verwalteten, auch den mittleren und unteren Schichten der Gemeindebürger angemessenen Einfluß gewährt und die Teilnahme aller positiven Bürger des Gemeindegewesens an der Forderung der gemeindefürsorgenden Aufgaben ermöglicht, andererseits den Staat verschiedenen Charakter der Gemeinde eines vorwiegend wirtschaftlichen Aufbaues und lenden Organismus Rechnung trägt. Es ist zu begrüßen, daß die Kommunalpolitische Vereinigung den Anstoß zur Beschäftigung mit der Gemeindevahlrechtsfrage gibt. Diese auch erst mit Durchführung der Landtagsreform gelöst werden kann, so wird es

— Pöln, 10. März. Seiner sehr energischen Haushalterin wollte ein hiesiger Gutbesitzer kündigen. Sie hatte jedoch Angst vor der resoluten jungen Dame, die stets einen Revolver bei sich trug und stellte einen Polizeibeamten zu sich, in dessen Gegen-

wart er die Kündigung aussprach, der Dame ihr Salair für 3 Monate im Voraus gab und sie sofort entließ.

— Köln, 10. März. (Missglückter Bankbetrug.) Beim Schaafhausenschen Bankverein war ein Schreiben des Bekleidungsamtes Coblenz eingelaufen, versehen mit gefälschtem Stempel und Unterschriften auf Originalbogen geschrieben, worin ersucht wurde, einem Boten 60 000 Mk. zu übergeben. Bald darauf erfolgte die telefonische Mitteilung, daß ein alter, hinkender Herr der Vertrauensmann sei. Die Kriminalpolizei verhaftete den Empfänger des Geldes, den Nachtwächter Heinrich Holzmüller aus Rheinbahlen, dessen Sohn Engelbert beim Coblenzer Bekleidungsamt tätig war und den ganzen Schwindel inszeniert hatte. Auch an die Darmstädter Bank in Frankfurt a. M. war gleichzeitig ein ähnliches Schreiben abgegangen. Der junge Holzmüller erklärte vor der Kölner Strafkammer, er hätte, um sich als Kriegslieferant betätigen zu können, sich die finanziellen Grundlagen dazu durch diese Schwindelmanöver verschaffen wollen. Das Gericht verurteilte den Nachtwächter Holzmüller zu zwei Jahren Zuchthaus. Sein Sohn ist in Coblenz bereits zu zwei Jahren Gefängnis verurteilt worden.

— Köln, 11. März. Auf einem ländlichen Bahnhof in der Nähe Kölns wurde dieser Tage ein Mann angehalten, der zwei Koffer mit sich trug. Der Mann hatte eine Niesenfreude, als ihm befohlen wurde, die Koffer zu öffnen. Den erstaunten Blicken bot sich — Pferdemeist, nur Pferdemeist dar, und so sehr man auch darin herumstocherte es blieb nur Pferdemeist. „Beschlagnahme frei, meine Herrn,“ meinte der Besitzer mit gutem Humor. Sicherlich hatte man Schinken, Speck usw. vermutet. Es ist Krieg und da hat auch Pferdemeist hohen Wert.

— Vom Westerwald, 10. März. Auf dem Westerwalde beginnt allmählich sich die Schafzucht wieder zu heben. Während in vergangener Zeit das Schaf der Kultur weichen mußte, hat der Krieg wieder mehr und mehr den Nutzen dieses Tieres uns vor Augen geführt. Im Kreise Neuwied wurden vor dem Krieg 2300 Stück Schafe gezählt. Diese Zahl ist bis jetzt auf 3700 gestiegen. Die Zunahme von 1400 Stück ist erfreulich, doch könnte sie noch wesentlich gesteigert werden.

Stuttgart. Die Daimler-Motoren-Gesellschaft in Stuttgart-Untertürkheim (Zweig Nieder-

lassung in Berlin-Marienthal) besteht seit 1890. Ihr Zweck ist die Ausbeutung der von G. Daimler gemachten Petroleum- und Gasmotoren-Entdeckung. Sie erzeugt Personentransportwagen, Krankenwagen, Nutzwagen, Luftschiff- und Flugmotoren (Marke Mercedes). Dem Vorstand gehören an Kommerzienrat Ernst Berge, Raurat Karl Daimler, Karl Schipfert, Ernst Wolf und Dr. Zeller. Dem Aufsichtsrat gehören u. a. an Raurat von Gontard (Deutsche Waffen- und Munitionsfabriken in Berlin), Kommerzienrat Dr. C. Dittenhofer (Vereinigte Köln-Rottweiler Pulverfabriken) und Dr. M. Dittenhofer (Rheinisch-Westfälische Sprengstoff A.-G.). Die Dividenden betrugen 1909 8 Prozent, 1913 14 Prozent, 1914 16 Prozent. Im Jahre 1915 liegen sie dann plötzlich auf 28 Prozent und im Jahre 1916 auf 35 Prozent. Die Aktien des Unternehmens, die im Jahre 1911 zu 228 notiert sind, erreichten während des Krieges Höhen bis über 1000 Mark.

Berlin. 454 evangelische Pfarrer der Provinz Westfalen haben eine Throneingabe eingereicht, in der sie zum Ausdruck bringen, daß sie durch die Einführung des gleichen Wahlrechts eine so starke Vermehrung der der christlichen Religion gleichgültig oder gar feindlich gegenüberstehenden Elemente in der preussischen Volksvertretung befürchten, daß die Erhaltung der konfessionellen, d. h. der christlichen Volksschule aufs äußerste gefährdet werde. Die Pfarrer sprechen die Bitte aus, daß alles getan werde, um die konfessionelle Volksschule zu erhalten. Darauf ist ihnen wie folgt geantwortet worden: „Großes Hauptquartier, 28. Febr. Euer Wohlgeboren teile ich ergebenst mit, daß Seine Majestät der Kaiser und König von der eingereichten Throneingabe der 454 evangelischen Geistlichen der Provinz Westfalen vom 19. Februar d. J. in Sachen der Wahlrechtsvorlage Kenntnis zu nehmen geruht haben. Seiner Majestät liegt die Erhaltung der christlichen Volksschule warm am Herzen. Der Geheimen Kabinettsrat v. Berg, Wirklicher Geheimrat.“

Französische Soldatensitten

Während bei uns die Kriegsgefangenen von keinem Menschen belästigt werden, weitestens in Frankreich die Soldaten mit dem Straßenpöbel in der Beschimpfung und Mißhandlung der deutschen Kriegsgefangenen. Widerliche Szenen dieser Art schildert ein vor einigen Monaten ausgetauschter deutscher Sergeant L.: „Ich geriet am 11. 9. 1914 in Fismes in der Nähe von Reims schwerverwundet in französische Gefangenschaft. Drei Tage später wurde ich zusammen mit dreißig Witzengefangenen weiter geschickt. Ein deutscher Unteroffizier, dem beide Augen abgeschossen waren, wurde mit mir Hand und Unterhose bekleidet in folgender

Weise in unsere Güterwagen befördert: Zwei Franzosen trugen ihn am Kopf und an den Füßen, ein dritter, zwei, drei! und warren ihn wie einen Sack in den Wagen hinein. Als in der Nacht die Güterwagen abgeholt wurden, erhielt ich, da ich an der Stirn sah, von der neuen Wache einen Hieb mit einem Kolbenstöß in die Seite. Am nächsten Morgen nahmen uns die Posten unter der Hand. Als ich mich weigerte, meinen Mantel ausziehen, kam ein Korporal, gab mir eine Ohrfeige mit dem Gewehr auf die Brust und befahl mir, den Mantel auszuwickeln. Auf der nächsten Station wurde mein Mantel, wie mir der Posten hochstehend mit für 6 Franken an eine Zivilperson verkauft. Auf Station ritt mir ein Junge, während uns die mit Steinen bewarf, meine Nase vom Kopf verdrängte seine Kordurrt in derselben...“

Redaktion: A. R.: G. Reibling.

Deutsches Haus

Illustrierte Familienzeitung

Redigiert von C. Dransfeld
40. Jahrgang — Monatlich 2 Hefte
Abonnements durch die Post und den
Buchhandel Mk. 1.20 per Jahr
Verlag von Friedrich Pustet Regensburg

Einladung

zu der am

Sonntag, den 17. März d. J. nachm. 3 Uhr

im „Deutschen Haus“ hier stattfindenden

ordentlichen

General-Versammlung

Tagesordnung:

1. Bericht des Vorstandes über das Geschäftsjahr 1917.
2. Revisionsbericht des Aufsichtsrates, Antrag auf Genehmigung der Bilanz und Entlastung des Vorstandes.
3. Beschlussempfehlung über die Verteilung des Reingewinnes.
4. Wahl von Aufsichtsratsmitgliedern.
5. Wahl der Kommission zur Einschätzung der Aufsichtsratsmitglieder.
6. Bestimmung des Höchstbetrages, den sämtliche den Verein belastenden Anleihen und Spareinlagen zusammen nicht überschreiten sollen.
7. Aenderung des § 96 Absatz 3 des Statuts.
8. Festsetzung der den Mitgliedern des Aufsichtsrates und der Einschätzungskommission zu zahlenden Gebühren.

Die Bilanz nebst Gewinn- und Verlustrechnung liegt von heute ab in unserem Geschäftslokal zur Einsicht der Genossen auf.

Geisenheim, den 8. März 1918.

Der Aufsichtsrat des Vorshuf- u. Creditvereins in Geisenheim

Eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht.

Justizrat van der Heyde, Vorsitzender.

Aus dem Selde zurück!

Habe meine Praxis wieder aufgenommen.

Sprechstunden sind
täglich von 11 bis 1 Uhr nachmittags nach vorheriger Anmeldung. Sonntags keine Sprechstunde.

Dr. Hartleib,

Spezialarzt für Chirurgie und Frauenkrankheiten,
Bingen a. Rh., Hospital.

Rheingauer Weinbauvereine

Einladung zur Hauptversammlung am Sonntag, den 17. März, nachm. 3 1/4 Uhr im Saalbau Ruthmann in Wittlich

Tagesordnung:

1. Jahres- und Revisionsbericht.
2. Neuwahl des Vorstandes.
3. Reichsweinsteuer.
4. Protest gegen die Beschlagnahme der Rheingauer Weine durch das Kriegswirtschaftsamt.
5. Wünsche und Anträge.

Wittlich, den 11. März 1918.

Der Vorsitzende:

R. Ott,

Königl. Landesökonom

Befanntmachung.

Der 1. Kriegsteilgang über Gemüsebau findet in der Zeit vom 18. bis 20. März 1918 an der Königl. Lehranstalt für Wein- und Gartenbau zu Geisenheim a. Rh. statt.

Männer und Frauen können daran unentgeltlich teilnehmen. Anmeldungen sind unter Angabe des Vornamens, Standes, Wohnortes sowie der Staatsangehörigkeit baldmöglichst an die Direktion der Königl. Lehranstalt Geisenheim a. Rh. einzureichen.

Junge tüchtige

Köchin

sucht Stelle zum 1. 4. in Herrschaftshaus auch als Köchin in Pension. Gutes Zeugnis vorhanden. Zuschriften erbeten an Emma Harnz, Geisenheim am Rhein, Landstr. 31.

Kleiner guterhaltener

Kleiderschrank

mit Wascheisch bedorugt, zu kaufen gesucht. Näheres in der Expedition d. Blattes.

Grepp-Papier

empfiehlt
H. Meier

Zum 15. März reinlich

Mädchen oder Frau

für einige Stunden des Tages
Von wem sagt die Exped. d. Bl.

Waschen und Bügeln

im Haus nimmt noch an

Kaffee-Ersatz

kartensfrei empfiehlt

Rosa Elfen, Bingen

Hasengasse 5.